Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane
Tekke Cadesi No. 585 ve 587
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kru

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

8. Jahrgang Nr. 62 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Mittwoch, 15. März 1933

Die Umbildung der Länderregierungen

Bayern, Württemberg und Hessen

München, 14. März.

Zufolge einer Mitteilung des Kommissars Esser hat der Reichskanzler heute in München verschiedene Besprechungen über die Bildung der bayerischen Regierung abgehalten. Es hat sich herausgestellt, daß im Hinblick auf die großen Entscheidungen, die in der nächsten Woche hinsichtlich der Reichspolitik bevorstehen, es auch in Bayern wichtig erscheint, alle Fragen, die mit der Regierungsbildung zusammenhängen, baldigst einer Lösung zuzuführen.

Mit einem Zusammentritt des Landtages in den nächsten Tagen ist nicht zu rechnen.

•

Stuttgart, 14. März.

In der Frage der Regierungsbildung in Württemberg ist jetzt die Entscheidung gefallen.

Der Landtag ist für morgen nachmittag zur Wahl des Staatspräsidenten und des Landtagspräsidenten einberufen worden.

Bis jetzt sind in Württemberg rund 500 Führer der Kommunisten und Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen worden, darunter 200 in Stuttgart.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Eiserne Front sowie die ihnen nahestehenden Organisationen wurden aufgelöst und verboten.

Das Verbot bezieht sich jedoch nicht auf die S. P. D. und die Gewerkschaften.

•

Berlin, 14. März (A.A. nach Havas)

Der hessische Landtag verabschiedete ein Gesetz, durch das der nationalsozialistischen Regierung Vollmacht erteilt wird, im Rahmen der Verfassung alle notwendigen Maßnahmen finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Art und zum Schutze des Lebens und Eigentums der Staatsbürger zu treffen. Dieses Gesetz bleibt bis zum 1. Oktober ds. Js. in Kraft.

Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Zu seinem Präsidenten wählte der Landtag den Nationalsozialisten Jung. Ferner wurde der Hushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1933/34 angenommen. Auch bei der Abstimmung hierüber enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme.

Nach der Eidesleistung erklärte der Staatspräsident Werner, daß die Regierung ihre Politik unter Wahrung des bundesstaatlichen Gedankens in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung verfolgen werde.

Die Zentrumsfraktion trat für den nationalsozialistischen Staatspräsidenten Werner ein und erklärte, sie werde die neue Regierung unterstützen, in der Hoffnung, daß sie die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, eine christliche Politik betreiben und Deutschlands Ansehen mehren werde.

Nach der Sitzung des Landtages wurden der frühere Staatspräsident und ein sozialdemokratischer Abgeordneter in Schutzhaft genommen.

Vor dem Landtagsgebäude veranstalteten die Nationalsozialisten eine große Kundgebung.

Hitler vor der Rückkehr nach Berlin

Berlin, 14. März.

Wie aus München berichtet wird, wird Reichskanzler Hitler morgen früh nach Berlin zurückkehren.

Für morgen nachmittag ist eine Sitzung des Reichskabinetts anberaumt. Die Tagesordnung ist noch nicht bestimmt.

Eine erneute Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther ist, entgegen den in der Presse verbreiteten Nachrichten, vorläufig nicht geplant.

Kranzniederlegung.

München, 13. März (A.A.)

Reichskanzler Hitler legte an der Feldherrnhalle, an dem Ort, wo am 9. November im Verlauf des von ihm und General Ludendorff gemeinsam unternommenen Staatsstreiches zwölf Nationalsozialisten erschossen wurden, einen Kranz nieder, der die Inschrift trägt: „Und Ihr habt doch gesiegt".

Ansprache an das Präsidium des A. D. A. C.

München, 14. März.

Der Reichskanzler empfing heute in München das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs.

In seiner Ansprache sagte der Kanzler zu, daß er alles tun wolle, um das Kraftfahrwesen zu neuer Blüte zu bringen. Pflicht jedes Deutschen sei es, einen deutschen Wagen zu fahren. Besonderes Augenmerk wende er der Steuerfrage zu, deren Lösung schon in den nächsten Tagen zu erwarten sei.

Das Abgeordnetenmandat des Kanzlers.

Berlin, 14. März.

Reichskanzler Adolf Hitler, der an der Spitze aller nationalsozialistischen Wahlvorschläge kandidierte, hat sich entschlossen, das Mandat von München anzunehmen, das ihm im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben zugefallen ist.

12 000 Mark Höchstgehalt für badische Minister

Karlsruhe, 14. März (A.A. nach WTB.)

Der Reichskommissar für das badische Finanzministerium setzte das Jahresgehalt der Minister auf 12.000 Mark herab und strich den Repräsentationsfonds des badischen Staatspräsidenten.

Hindenburg und Hitler Ehrenbürger von Chemnitz

Berlin, 15. März (A.A. nach W.T.B.)

Die Stadt Chemnitz hat den Reichspräsidenten v. Hindenburg und Reichskanzler Hitler zu Ehrenbürgern von Chemnitz ernannt.

Kein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amts

Berlin, 14. März.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die in einem Teil der deutschen und ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über einen bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes als Vermutungen anzusehen, die jeder Grundlage entbehren.

Kommunistische Abgeordnete erhalten keine Tagegelder

Berlin, 14. März.

Ebenso wie beim Reichstag finden morgen im preußischen Landtag Besprechungen der Fraktionsleitungen wegen der Verteilung der Arbeitszimmer an die einzelnen Parteien und bezüglich der Platzfrage statt.

Diese wird dermart gelöst, daß die Plätze der Kommunisten den anderen Parteien zur Verfügung gestellt werden, sodaß keine baulichen Veränderungen notwendig werden.

Den kommunistischen Abgeordneten werden keine Tagegelder gezahlt, ebenso werden ihnen auch die parlamentarischen Ausweispapiere und die Freifahrtscheine für die Reichsbahn nicht zugestellt.

Dies gilt in gleicher Weise auch für die kommunistischen Reichstagsabgeordneten.

Im Landtagsgebäude wurde heute eine polizeiliche Aktion durchgeführt.

Es wurden die bisherigen Fraktionsräume der Kommunisten durchsucht, das vorgefundene Material beschlagnahmt und sichergestellt.

Preussenkommissar für Berlin

Berlin, 14. März (A.A. nach Havas)

Der preußische Innenminister stellte dem Berliner Oberbürgermeister den Führer der nationalsozialistischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, Lippert, als Kommissar zur Seite.

Einigung zwischen Danzig und Polen

Genf, 14. März (A.A.)

Im Streit um die Westerplatte wurde in letzter Stunde eine Einigung zwischen Polen und dem Danziger Senat erzielt, sodaß die Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat, für die Sir Simon als Berichterstatter ausersehen war, hinfällig wurden.

Auf die Versicherung des Danziger Senatspräsidenten, daß die Sicherheit der Westerplatte von der Freien Stadt Danzig gewährleistet werde, erklärte sich Polen bereit, die vor einigen Tagen auf die Westerplatte entsandte Truppenverstärkung zurückzuziehen.

•

Genf, 14. März (A.A.)

Der Völkerbundsrat nahm heute vormittag von der Vereinbarung zwischen Polen und dem Danziger Senat über die Regelung des Streites um die Westerplatte Kenntnis.

Danziger Denkschrift.

Genf, 14. März.

Die Danziger Abordnung in Genf veröffentlicht heute eine Denkschrift, die sich gegen die von polnischer Seite verbreitete Darstellung über die Gründe, die zu einer Verstärkung der polnischen Besatzung auf der Westerplatte geführt habe, wendet.

Die Note weist darauf hin, daß Polen schon oft versucht habe, Danzig unter seine militärische Hoheit zu bringen, und daß sich der Völkerbund schon verschiedentlich mit derartigen Versuchen Polens habe befassen müssen.

Auch diesmal habe Polen nicht eine einzige Tatsache vorbringen können, die die Gefahr eines Uebergriffs bewiesen habe.

Ruhe und Ordnung in Danzig seien gesichert und die Behörden seien vollkommen Herr der Lage.

Ein französischer Einspruch in Berlin

Berlin, 14. März.

Der französische Botschafter François Poncet sprach heute im Auftrage der französischen Regierung beim Reichsaußenminister vor, um wegen der Vorgänge in Kehl und wegen der Verwendung von Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone nach Art. 43 des Versailler Vertrages Beschwerde zu führen.

Der Reichsaußenminister wies diese Beschwerde als unbegründet zurück und betonte, daß weder die Vorgänge in Kehl noch die Verwendung von Hilfspolizei unter die Bestimmungen über die entmilitarisierte Zone fallen.

Neurath wies ferner darauf hin, daß weder die Hilfspolizei als eine bewaffnete Streitmacht anzusehen sei, noch weniger die SA., die sich nur 36 Stunden in der Kaserne aufgehalten habe und von der jeder zehnte Mann etwa mit einem Jagdgewehr oder einem Revolver bewaffnet gewesen sei.

Schließlich verwies der Außenminister darauf, daß es sich hierbei lediglich um innenpolitische deutsche Angelegenheiten und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung handle.

Auch England?

London, 14. März (A.A.)

De Fleurian begab sich gestern ins Auswärtige Amt und sprach dort wegen der militärischen Betätigung der Nationalsozialisten und wahrscheinlich auch wegen der Kundgebungen, vor, die die Nationalsozialisten vor kurzem in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes veranstalteten.

Man nimmt an, daß die englischen Sachverständigen Macdonald in Genf juristische Gutachten über die letzten Ereignisse in Deutschland gesandt haben. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Juristen die Einstellung von Nationalsozialisten in die Polizei als mit dem Friedensvertrag unvereinbar bezeichnen.

Zwischenfall in Oslo

Oslo, 14. März (A.A.)

In der Nacht auf heute wollten ungefähr 150 Kommunisten vor der deutschen Gesandtschaft eine Kundgebung gegen das neue System in Deutschland veranstalten, wurden jedoch von der Polizei zurückgedrängt. Ein Polizeibeamter wurde leicht verletzt.

Sitzungen der Volkspartei

Ankara, 14. März (A.A.)

Der Vorstand der Fraktion der Volkspartei teilt mit:

Die Fraktion der Volkspartei trat heute nachmittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten von Afion Karahissar, Ali Bej, sowie unter dem Vorsitz des Abgeordneten von Tekir Dag, Dschemil Bej, in zwei aufeinander folgenden Sitzungen zusammen.

Erklärungen Tewfik Rüschdi Bejs.

In der ersten Sitzung gab Außenminister Dr. Tewfik Rüschdi Bej Erklärungen über seine Reiseeindrucke und die allgemeine weltpolitische Lage.

Finanzfragen.

In der zweiten Sitzung wurden Besprechungen über das Gutachten des Finanzausschusses der Fraktion über die Hinausschiebung und Verlängerung der Ratenzahlungen für das an Private verkaufte staatliche Eigentum geführt und die Erläuterungen einiger Redner hierzu angehört.

Es wurde dann beschlossen, das Gutachten des Ausschusses zusammen mit den an den Vorstand gerichteten Anträgen an die Regierung weiterzuleiten, damit von der Regierung im Rahmen der vorliegenden Richtlinien ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wird.

Einkommensteuergesetz.

Für die Beratung des neuen Einkommensteuergesetzentwurfes wurde die nächste Sitzung der Fraktion auf Donnerstag, den 16. März festgesetzt.

Auflösung von 8 Wilajets

Ankara, 14. März (Tel.)

Das Innenministerium hat dem Ministerrat einen Gesetzentwurf über die Auflösung von 8 Wilajets und die Aufteilung dieser Gebiete unter die Nachbarwilajets vorgelegt.

Die aufzulösenden Wilajets sind: Biledschik, Dschebeli Bereket, Nidge, Burdur, Gumuschhane, Artwin, Hakkiari und Akserai.

Papanastasiu in Stambul

Die griechische Abordnung für die Balkanratstagung

Die griechische Abordnung für die am 20. dieses Monats in Bukarest zusammentretende dritte Balkantagung ist gestern aus dem Piräus in Stambul eingetroffen. Die Abordnung wird vom früheren griechischen Ministerpräsidenten Papanastasiu geleitet und besteht aus dem früheren griechischen Außenminister Argiropulos, Prof. Iwolos und Papadopulos.

Der Leiter der griechischen Abordnung, Papanastasiu, der zugleich Führer der griechischen Bauern- und Arbeiterpartei ist, erklärte der türkischen Presse gegenüber, daß er sich freue, anläßlich der Ratssitzung der Balkankonferenz Gelegenheit zu erhalten, mit seinen alten türkischen Kollegen wieder zusammenzuarbeiten.

Erklärung zur innenpolitischen Lage in Griechenland.

Ueber die innerpolitische Lage in Griechenland sagte Papanastasiu, daß in seinem Lande gegenwärtig Ruhe herrsche und die Lage gefestigt sei, was sich jedoch in Griechenland in den letzten Tagen geändert habe, sei die Tatsache, daß die frühere Opposition heute die Regierungsmacht in Händen habe, während die alte Koalitionsregierung heute in die Opposition gedrängt sei.

Papanastasiu betonte, daß auch General Kondylis an der heutigen Regierung teilnehme, und erwiderte auf die Frage der Presseberichterstatter, wo eigentlich der eifrig gesuchte einstige Diktator General Plastiras sei, in lachendem Tone:

„General Plastiras soll hier in Stambul sein. So wird in Griechenland gesagt."

Auf die Entgegnung, daß er hier nicht aufgefunden werden konnte und ob er diesem Gerücht Glauben schenke, sagte Papanastasiu, er habe wohl gehört, daß General Plastiras nach Stambul gekommen sei. Wie er aber dies bewerkstelligt habe, wisse er nicht. Auch er möchte gern mit General Plastiras sprechen, wenn er nur seine Adresse wüßte. Dann würde er erfahren, auf welchem Wege der General hierher gekommen ist.

•

Eine erneute Anfrage bei den zuständigen Stellen in Stambul, ob die Gerüchte über die Anwesenheit des General Plastiras den Tatsachen entspreche, ergab jedoch, daß der General sich nicht in Stambul aufhält.

•

Die griechische Abordnung wird heute gemeinsam mit der türkischen Abordnung über Konstanza nach Bukarest abreisen.

Erklärung Tsaldaris

Athen, 14. März (A.A.)

Tsaldaris gab der Presse gegenüber eine Erklärung ab. Er sagte, es sei unbedingt notwendig, daß die Ruhe und Ordnung im Lande wieder hergestellt wird, und versicherte, die Regierung habe nicht die Absicht, die für die Ereignisse vom 6. März Verantwortlichen weiter zu verfolgen; das sei vielmehr Sache der Gerichte.

Tsaldaris empfahl der Presse, keine Nachrichten zu veröffentlichen, die geeignet sind, die Gemüter aufzuregen.

Die Meldungen von der geplanten Abschaffung des Senats und der Unabsetzbarkeit der Beamten bezeichnete der Ministerpräsident als falsch.

Die gesamte Presse billigte die Haltung des Ministerpräsidenten.

Besprechungen in Genf

Genf, 14. März.

In Genf hate heute der englische Ministerpräsident eine Unterredung mit dem italienischen Vertreter, Baron Aloisi, der im Anschluß daran eine Besprechung mit dem französischen Außenminister führte, über die er dann wieder Macdonald berichtete.

Ferner hatte der ungarische Außenminister eine Unterredung mit Botschafter Nadolny über Abrüstungsfragen.

U.S.A. und der Ferne Osten

Genf, 14. März (A.A.)

Der Ausschuß der 21 Mächte, der von der ausserordentlichen Völkerbundsversammlung eingesetzt wurde, um den chinesisch-japanischen Streit zu prüfen, wird heute oder morgen zusammentreten, um sich besonders mit der Frage des Verbots von Waffenlieferungen zu befassen.

Die Vereinigten Staaten teilten amtlich mit, daß sie in diesem Ausschuß mitzuarbeiten bereit seien.

Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Frage nach einem allgemeinen Abkommen über die Waffenlieferungen soll ebenfalls schon in Genf eingetroffen sein. Die Amerikaner sollen einem allgemeinen Abkommen grundsätzlich günstig gesinnt sein, allerdings unter gewissen Bedingungen, deren Inhalt noch unbekannt ist.

Die Lage in China

Peking 14. März (A.A.)

Der chinesische Außenminister ist in Peking eingetroffen.

Es halten sich trotz Ableugnung hartnäckig Gerüchte, nach denen direkte Verhandlungen mit Japan angeknüpft werden sollen.

Die Gerüchte gehen von Nanking aus, von wo die Truppen nach Peking und Umgebung zusammenströmen.

In diplomatischen Kreisen befürchtet man, daß die Gegenangriffe der Chinesen den Japanern Gründe liefern, um Peking und Tientsin zu besetzen. Die Behörden erklären, die Ankunft der Truppen aus Nanking sei geeignet, die öffentliche Meinung zu beunruhigen.

Amerika und die Weltwirtschaftstagung

Von Senator W. E. Borah-Washington.

Die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz wird in ihrer Bedeutung für alle Völker der Erde von keiner anderen übertroffen, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, die am Ende des Weltkrieges die zwischenstaatlichen Beziehungen neu zu ordnen sich bemühte. Man kann nur mit großer Sorge an sie und die ihr obliegenden übermenschlichen Aufgaben denken. Sollte es der Konferenz nicht gelingen, ein Programm für die Lösung der uns unmittelbar beschäftigenden Fragen zu finden, vor allem, wenn sie bei der Behandlung dieser Fragen keinen deutlich sichtbaren Erfolg erzielt, so sähe sich die Welt einer längeren Leidenszeit gegenüber.

Für mich stellen sich die Konferenz und ihre Aufgabe folgendermaßen dar: Es gibt eine gewisse Anzahl ungelöster Probleme, die sich aus dem Kriege selbst oder infolge der „Friedensverträge" entwickelt haben. Die Welt kann nicht gesunden, ja, sie kann nicht einmal einen Anfang zur Erholung machen, ehe nicht diese Probleme bereinigt sind. Für mich ist die Konferenz nicht ein Ort, um Schulden gegen den einen oder anderen vermeintlichen Vorteil auszutauschen. Sie darf keine Gelegenheit, Kuhhandel zu treiben, geben. Das Problem ist dieses: Läßt sich ein Programm finden, das der Menschheit eine Aussicht auf Erholung, auf eine Wiederbelebung von Industrie und Handel gibt und ein natürliches Wirken der Wirtschaftsgesetze erlaubt? Einer solchen Konferenz müssen alle der allgemeinen Genesung im Wege stehenden Fragen unterbreitet werden: das Währungsproblem, die Fragen der Reparationen, Kriegsschulden, Zollschranken und Rüstungen. Selbstverständlich kann ich nur für mich selbst sprechen, aber ich würde keinen Augenblick zögern, die Kriegsschulden nötigenfalls als Mittel zur vollständigen Lösung aller dieser Fragen zu benutzen.

Nur Stückwerk zu leisten, an diesen Problemen nur herumzuprobieren, wäre ein großer Fehler. Angesichts der vor uns liegenden Aufgabe würden Zaghaftigkeit sowie Mangel an Vorausblick und Mut einen Verrat an den Belangen der Menschheit bedeuten.

Die Vereinigten Staaten brauchen eine Wiedereröffnung der Märkte, eine Neubelebung von Handel und Industrie und eine Zurückführung der Währungen auf eine normale Grundlage. Mit anderen Worten: das, was alle wünschen, die Wiederherstellung der Kaufkraft der Massen.

Ein Fehlen einzelner Staaten auf der Konferenz müßte als höchst unheilvoll bezeichnet werden. Es ist gründliche und vollständige Arbeit nötig, wenn etwas erreicht werden soll. Diese läßt sich aber nur durch die Zustimmung und Mitarbeit aller Völker ermöglichen.

Mich hat eine Rede des britischen Schatzkanzlers ausserordentlich interessiert, weil sie, sollte sie die Ansichten seiner Regierung richtig wiedergeben, recht entmutigend wirkt. Er sprach ausschließlich über die zwischenstaatlichen Verpflichtungen. Andere Probleme, insbesondere die Währungsfrage, wurden überhaupt nicht erwähnt. Hat Großbritannien auf diesem Gebiet wirklich nichts anzubieten, so würde den Amerikanern jede Berechtigung zu dem Glauben an eine Wiedereröffnung unserer eigenen und der Weltmärkte, an eine Wiederbelebung des Handels fehlen. Eine Konferenz, die sich auf die Erörterung der zwischenstaatlichen Schulden beschränken müßte, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Man darf nicht vergessen, daß die ganze Angelegenheit in den Händen der breiten Massen liegt. Jede neu getroffene Bestimmung müßte den Volksvertretungen zur Billigung vorgelegt, von einer starken öffentlichen Meinung gestützt werden. Ich sehe aber nicht die geringste Möglichkeit, daß unser amerikanisches Volk auch nur einen Schuldenaufschub billigt, falls nicht zu gleicher Zeit diejenigen Wirtschaftsprobleme geregelt werden, die heute zu einem